

14.05.2019

Antrag

der Fraktion der SPD

Brexit – Landesregierung muss endlich für den Wissenschafts- und Forschungsstandort NRW tätig werden und Forschungsk Kooperationen aktiv fördern

I. Ausgangslage

Das Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen legte auf Anfrage der SPD-Fraktion in einem Bericht dar, dass der Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union im Bereich Wissenschaft und Forschung „schwerpunktmäßig die europäische Forschungsförderung und die Mobilität von Studierenden“ betreffen werde. Die Landesregierung blieb sowohl im schriftlich als auch im mündlich – in der Sitzung des Wissenschaftsausschusses am 13. Februar 2019 – vorgetragene Teil konkrete Angaben darüber schuldig, welche und in welcher Weise Forschungsprojekte und Hochschulen in Nordrhein-Westfalen von einem Brexit – mit oder ohne Austrittsabkommen – betroffen sein könnten. Unbeantwortet blieb auch die Frage nach den zwischen nordrhein-westfälischen und britischen Hochschulen bestehenden Kooperationen.

Jutta Allmendinger, Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB), und Steffen Huck, Direktor der Abteilung Ökonomik des Wandels am WZB, haben in einem Beitrag für die Wochenzeitschrift „Die Zeit“ dargelegt, dass ein Ausscheiden Großbritanniens für die Hochschulen in Deutschland auch Chancen böte. Schätzungen zufolge wird ein Zehntel der Forschung an britischen Universitäten von der Europäischen Union bzw. durch das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont 2020 und den European Research Council (ERC) finanziert. Doch die ERC-Mittel sind an die Bedingung geknüpft, dass sie zur Hälfte in einem EU-Land ausgegeben werden müssen. Diese Bedingung wäre durch den Brexit nicht mehr zu erfüllen. Die britischen Universitäten loten nun Kooperationen mit deutschen Hochschulen aus, um Wissenschaftsallianzen aufzubauen und zu festigen.

Jutta Allmendinger und Steffen Huck führen hierzu aus:

„Diese Konstellation bietet der deutschen Wissenschaft eine große Chance. In gewisser Weise ähnelt sie jener, die sich amerikanischen Universitäten in den 1930er-Jahren bot und die diese genutzt haben, um eine bis heute andauernde Dominanz in den Wissenschaften zu erzielen. Es gibt zahllose Professorinnen und Professoren in Großbritannien, darunter auch viele Deutsche, die augenblicklich nichts lieber täten, als auf einen gut ausgestatteten Lehrstuhl in

Datum des Originals: 14.05.2019/Ausgegeben: 14.05.2019

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Deutschland zu wechseln. Sie würden ihre ERC-Projekte mitnehmen, die ihr Gehalt für eine Dauer von bis zu fünf Jahren zur Hälfte finanzieren. Damit ist nicht gemeint, dass die deutsche Wissenschaftspolitik an den ausländischen Lehrstühlen ‚shoppen‘ gehen oder gar eine Art Beutefeldzug starten sollte. Vielmehr gilt es, die politische Situation zu nutzen, um Wissenschaftsallianzen zwischen britischen und deutschen Universitäten aufzubauen und zu festigen. Berlin hat das im Dezember 2017 vorgemacht, mit Unterstützung des Regierenden Bürgermeisters und des Wissenschaftssenats. Die Freie Universität, die Humboldt-Universität, die Technische Universität und die Charité haben sich zusammengetan. Geschmiedet wurde eine enge Kooperation mit der Universität Oxford. Weitere Institutionen wie die Stiftung Preußischer Kulturbesitz unterstützen diese Zusammenarbeit. Fördergelder wurden ausgeschrieben, gezielt für Forschungsbrücken zwischen Kontinent und Insel: Projekte, Lehre, Austauschprogramme. Nun kommen die außeruniversitären Einrichtungen hinzu. Ein Berlin House in Oxford ist ebenso in Vorbereitung wie ein Oxford-Haus in Berlin. Obere Repräsentanten der englischen Universität leben in Berlin und sind Teil der Stadtkultur geworden. Mittlerweile haben weitere Universitäten nachgezogen. Die Ludwig-Maximilians-Universität München kooperiert mit der Cambridge University, die Technische Universität München mit dem Imperial College London, die Universität Dresden mit dem Kings College London, die Universität Frankfurt mit der Universität Birmingham. Jede dieser Brücken trägt und hält zum Wohle der Wissenschaft, von Forschung und Lehre.“

Die britische Seite verspricht sich von der vertieften Zusammenarbeit vor allem, weiterhin Zugang zu den EU-Fördermitteln zu haben. Doch auch die deutschen Hochschulen profitieren finanziell und intellektuell von den Projektpartnerschaften. Finanziert werden die Kooperationen von den Kommunen und aus den Landeshaushalten. Der Bund ist finanziell nicht beteiligt.

Ein Engagement der nordrhein-westfälischen Landesregierung in vergleichbarem Maß ist nicht feststellbar. Zwar schmückt sich die Landesregierung mit einem Brexitbeauftragten, der auch die Intensivierung des wissenschaftlichen Austausches zum Inhalt seiner Aufgabenbeschreibung gemacht hat. Allerdings reduziert sich die strategische Herangehensweise an die Thematik offensichtlich darauf, bei den Hochschulen des Landes nachzufragen, was diese zu tun gedenken. Eigene Initiativen: Fehlanzeige.

II. Der Landtag stellt fest:

Der Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Unionen wird konkrete Folgen für die Zukunft des Forschungsstandortes NRW haben. In anderen Bundesländern wird die Bildung von Wissenschaftsallianzen zwischen den Hochschulen des Landes und britischen Hochschulen aktiv gefördert. Das bisherige Engagement der Landesregierung in dieser Frage ist mangelhaft. Diese Handhabung ist unter wettbewerblichen Gesichtspunkten schädlich für den Wissenschaftsstandort NRW.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung deshalb auf:

1. in Zusammenarbeit mit den Hochschulen und den außeruniversitären Forschungsinstituten des Landes eine gemeinsame Strategie zu entwickeln, um Wissenschaftsallianzen mit Großbritannien aufzubauen und zu festigen
2. dem Landtag Nordrhein-Westfalen bis Januar nächsten Jahres einen Bericht über diese getätigten Aktivitäten vorzulegen

3. sich gegenüber dem Bundesministerium für Bildung und Forschung dafür einzusetzen, derartige Hochschulkooperationen mit finanziellen Mitteln zu unterstützen und zusätzlich hierfür eigene Mittel im Landeshaushalt 2020 bereitzustellen.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Marc Herter
Dietmar Bell

und Fraktion